

DEZEMBER 2023, 2. AUSGABE

frei.hessen



MAGAZIN VON PARTEI UND FRAKTION DER FREIEN DEMOKRATEN HESSEN



Im Licht des Wandels

Bereit für neue Herausforderungen

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

für uns Freie Demokraten in Hessen geht ein bewegtes Jahr zu Ende. Gemeinsam haben wir einen engagierten Wahlkampf geführt und sind mit einem starken Team in die Landtagswahl am 8. Oktober gegangen. Mit fünf Prozent sind wir erneut in den Hessischen Landtag eingezogen, in dem wir künftig mit acht Sitzen vertreten sein werden. Das Ergebnis kann uns als Freie Demokraten natürlich nicht zufriedenstellen. Gleichwohl können wir versprechen, dass wir uns auch als kleinste Fraktion im 21. Hessischen Landtag zu Wort melden und mit klugen Initiativen einbringen werden.

Wir sind überzeugt: Wir Freie Demokraten werden gebraucht als liberale Stimme im Land. Die CDU hat sich entschlossen, den Koalitionspartner zu wechseln und mit der SPD über eine Koalition zu verhandeln. So werden wir aller Voraussicht nach mit den Grünen und der AfD die Opposition bilden, in der wir Freie Demokraten somit die Kraft der demokratischen Mitte sind.

Die im Januar zu Ende gehende Legislaturperiode war von Krisen geprägt, von der Corona-Pandemie über die Folgen des brutalen russischen Angriffskriegs auf die Ukraine bis zum rassistisch motivierten Attentat von Hanau und dem Terror der Hamas in Israel. So wie wir in den Krisen von Vernunft geleitete politische Antworten gegeben haben, werden wir uns auch in der neuen Wahlperiode den Herausforderungen stellen. Mit der Aufstellung für die kommende Wahlzeit haben wir zügig nach



der Wahl begonnen, unsere neue Fraktionsspitze gewählt und uns thematisch sortiert. Erstmals wird unsere Fraktion von einer Doppelspitze geführt werden.

Ein Wahlkampf erwartet uns auch 2024 wieder. Die Bürgerinnen und Bürger sind für Juni aufgerufen, ein neues Europäisches Parlament zu wählen. Als hessische FDP haben wir eine hervorragende Spitzenkandidatin aufgestellt. Ich bin überzeugt: Gerade in Zeiten, in denen die Populisten Zulauf haben, muss die europäische

Idee gestärkt werden.

Noch einmal zurück nach Hessen: Im neuen Landtag wird ein Mann nicht mehr dabei sein, der unermesslich viel für uns Liberale geleistet hat, als Minister, als Partei- und Fraktionschef, Abgeordneter und Vizepräsident des Hessischen Landtags: Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn verlässt die landespolitische Bühne. Wir Freie Demokraten sagen von Herzen Danke!

IHR

RENÉ ROCK
VORSITZENDER DER FRAKTION DER FREIEN DEMOKRATEN IM HESSISCHEN LANDTAG



facebook.com/fdp_hlt



twitter.com/fdp_hlt



instagram.com/fdp_hlt



fdp-fraktion-hessen.de



Sie können frei.hessen auch online lesen:

fdp-hessen.de/frei-hessen



Titelthema

4 Gute liberale Politik heißt größtmögliche Freiheit für jeden

Rückblick

8 Landtagswahl in Hessen

Blickpunkt Europa

10 Hessen – Herz Europas

Thema

11 Diversity

Zukunft

12 Mit neuer Führungsspitze in die 21. Wahlperiode

Bilanz

14 Oppositionsarbeit inmitten von Krisenzeiten

Fokus

18 Solidarisch an der Seite Israels

Meldungen

19 Persönliches



© FDP-Landesverband Hessen

IMPRESSUM

HERAUSGEBER Wirtschafts- und Sozialpolitik Verlags GmbH, Adolfsallee 11, 65185 Wiesbaden, Telefon 0611 99906-14

FRAKTION DER FREIEN DEMOKRATEN IM HESSISCHEN LANDTAG Stefanie Heil (V.i.S.d.P.), Schloßplatz 1–3, 65183 Wiesbaden, Telefon: 0611 350-566, E-Mail: fdp@ltg.hessen.de, www.fdp-fraktion-hessen.de

FDP-LANDESVERBAND HESSEN Karolina Keller, Adolfsallee 11, 65185 Wiesbaden, Telefon 0611 99906-14, E-Mail: hessen@fdp.de, www.fdp-hessen.de

REDAKTION Oliver Stirböck, Wiebke Knell, Moritz Promny, Stefanie Heil, Ann Kathrin Bopp, Tatjana Hajmássy, Brian Röcken, Karolina Keller

Das Magazin von Partei und Fraktion der Freien Demokraten Hessen erscheint gewöhnlich zweimal im Jahr.

DRUCK AC medienhaus GmbH, Ostring 13, 65205 Wiesbaden

BILDNACHWEIS iStock | Seiten 4–6; 12–17: Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag | Seite 7: Hessischer Landtag, O. Schepp (Gießener Allgemeine, Bild Nr. 2), F. Ossenbrink (Bild Nr. 5) | Seiten 8–11; 19: FDP-Landesverband Hessen | Seite 19: Carolin Ludwig, Elias Grundler, Foto-Landgraf, Lyonel Stief



© Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Gute liberale Politik heißt größtmögliche Freiheit für jeden

Nach 37 Jahren als Abgeordneter wird Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn im Januar 2024 mit dem Ablauf der 20. Legislaturperiode den Hessischen Landtag verlassen. In knapp vier Jahrzehnten hat Hahn viele Aufgaben übernommen, war nicht nur Abgeordneter, sondern auch Partei- und Fraktionschef sowie Minister. Im Interview mit frei.hessen blickt Hahn auf eine ereignis- und themenreiche Zeit zurück – ein Gespräch über professionelle Politik, stolzmachende Erfolge und Normalbürgerin Oma Lena aus Leihgestern.

Herr Dr. Hahn, Sie werden zum Ende der Legislaturperiode nach fast vier Jahrzehnten aus dem Hessischen Landtag ausscheiden. Mit welchem Gefühl werden Sie im Januar gehen?

Dr. h.c. Hahn: Mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Mit einem lachenden Auge, weil ich nicht mehr durch die vielen Termine und Aufgaben fremdbestimmt sein werde und mehr Zeit für mich und meine Familie sowie meine Gesundheit haben werde. Aber auch mit einem weinenden Auge, weil ein sehr langer, nie so geplanter Lebensabschnitt zu Ende geht.

Wie viele Jahre hatten Sie denn geplant, im Landtag zu bleiben?

Hahn: Ich dachte an zwei, höchstens drei Legislaturperioden. Dann aber wurde ich zunächst Parlamentarischer Geschäftsführer und dann Fraktionsvorsitzender, denn es war klar, dass sich Ruth Wagner als Landesvorsitzende nicht um alle Aufgaben kümmern konnte. Sie war stark im Wissenschafts- und Kulturbereich aktiv und hat zu mir gesagt: „Jörg-Uwe, mach Du mal!“ Damit hat sie mir das politische Tagesgeschäft überlassen.

Erinnern Sie sich an Ihre erste Rede im Landtag?

Hahn: Ja! Das war eine verkorkste Rede über Antisemitismus in Gedern, also in meiner Heimat. Aus diesem Grund sollte ich dazu reden, war aber thematisch noch

Zur Person

Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn, Jahrgang 1956, gehört seit 50 Jahren der FDP an und hat die Liberalen in Hessen in verschiedenen Funktionen mitgeprägt. Seit April 1987 ist Hahn Mitglied des Hessischen Landtags, dessen Vizepräsident er in der aktuellen 20. Wahlperiode ist. Der Jurist war von 1999 bis 2009 Fraktionsvorsitzender der FDP im Hessischen Landtag und zwischen 2005 und 2014 Landesvorsitzender der FDP Hessen. In der schwarz-gelben Koalition von 2009 bis 2014 war Hahn Justizminister und Hessens erster Integrationsminister sowie Minister für Europaangelegenheiten. Gleichzeitig war er stellvertretender Ministerpräsident. Hahn, der die Ehrendoktorwürde der Uludag-Universität im türkischen Bursa und der EBS Universität für Wirtschaft und Recht trägt und mit dem Bundesverdienstkreuz sowie mit dem Hessischen Verdienstorden ausgezeichnet wurde, ist darüber hinaus stark kommunalpolitisch aktiv.

nicht so fit. Heute würde ich vollkommen anders zu diesem Thema sprechen.

Gibt es auch eine Lieblingsrede aus all den Jahren?

Hahn: Nein, eine Lieblingsrede gab es nicht. Aber ich kann mich an die stressigsten Reden erinnern – im Jahr 2000 anlässlich der Schwarzgeldaffäre der CDU. Damals stellte sich für uns die Frage, ob wir die Koalition nach gerade mal einem Jahr verlassen oder nicht.

Sie haben die Schwarzgeldaffäre der CDU angesprochen. Damals haben Sie an der schwarz-gelben Koalition festgehalten. Würden Sie sich noch einmal so entscheiden, die Zusammenarbeit fortzusetzen?

Hahn: Ja, auf alle Fälle. Es ging weniger darum, ob die Koalition oder Ministerpräsident Roland Koch einen Fehler gemacht hat. Es ging um das Parteiensystem und die Politik nicht nur in Hessen, sondern im Bund. Rot-Grün hatte in Berlin sehr schlecht begonnen. Deshalb konnte die CDU in Hessen die sogenannte Doppelpass-Kampagne fahren. Dann sahen SPD und Grüne die Möglichkeit, den „Betriebsunfall“ in Hessen wieder auszugleichen.

Sie haben unlängst in einem Interview Bezug genommen auf die Bonner Republik und betont, dass es diese eben nicht mehr gibt. Bedauern Sie die Entwicklung des Parteiensystems?

Hahn: Für uns als FDP war es damals einfacher gewesen. Wir waren jahrzehntelang der Königsma-

cher, als wir zunächst mit Bundeskanzler Willy Brandt und dann mit Helmut Schmidt in einer sozialliberalen Koalition waren. Dann kam 1982 das Lambsdorff-Papier, und wir haben den Partner und damit die Koalition gewechselt.

Lassen Sie uns auf den Hessischen Landtag schauen: Wie hat sich denn die Parlamentsarbeit über die Jahrzehnte verändert?

Hahn: Sie ist viel strategischer, professioneller und wissenschaftlicher geworden. Das Einzige, was dem Hessischen Landtag noch fehlt, ist ein wissenschaftlicher Dienst.

Inwiefern strategischer?

Hahn: Strategischer im inhaltlichen Bereich. Die Abgeordneten können heute, wenn sie es wollen, um Längen besser informiert sein als früher.

Eine Ihrer Herzensangelegenheiten im Hessischen Landtag ist die Verkleinerung des Parlaments. Warum ist das so wichtig?

Hahn: Der Platz ist nicht da, und die Zahl der Aufgaben ist nicht so groß. Nicht umsonst haben die Mütter und Väter, die Hessen aufgebaut haben, von 110 Abgeordneten gesprochen. Das reicht. Je mehr Abgeordnete dem Landtag angehören, umso mehr Arbeit wird auch gemacht, die eigentlich gar nicht gemacht werden müsste. Jeder Abgeordnete will sich bestätigen, dass er etwas für seinen Wahlkreis, seine Partei und sein Themengebiet macht. Das sehen wir an der Zahl der Initiativen wie zum Beispiel Kleinen Anfragen – und wofür? Für eine Pressemitteilung für die Heimatzeitung. Außerdem ist es eine organisatorische Frage, dass dieser Gebäudekomplex aus allen Nähten platzt. Das beginnt im Plenarsaal, in dem es unverschämt eng ist, obwohl er neu ist.

Der Steuerzahlerbund mahnt auch regelmäßig die Größe des Landtags an. Glauben Sie, dass ein personell kleinerer Landtag auch zu mehr Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern führt?

Hahn: Die Hoffnung habe ich mir schon lange abgeschminkt. Die Bürger interessieren sich für Teile ihrer Kommune und für die Bundespolitik. Alles, was dazwischen ist, interessiert die von mir so geschätzte Normalbürgerin Oma Lena aus Leihgestern nicht. Deshalb ist es in dieser Hinsicht vollkommen wurscht, wie groß oder klein der Landtag ist.

Lassen Sie uns auf Ihre Ministertätigkeit schauen: Sie waren Hessens erster Integrationsminister. Wie blicken Sie heute auf das Thema Integration?

Hahn: Das war eine meiner schwierigsten Aufgaben, die ich in der Landespolitik – auf eigenen Wunsch – erfüllen

musste. Damals war das Thema bei den meisten Menschen noch nicht in den Köpfen oder negativ besetzt. Bis auf die christlichen Kirchen und Teile der jüdischen Gemeinde war bei Verbänden kein großes Interesse da. Als wir das gemerkt haben, haben wir gesagt: Wir müssen direkt an die Menschen ran, zum Beispiel über Lotensysteme. Leider haben meine beiden Nachfolger die Grundlage, die wir geschaffen haben, nicht genutzt.

Wie würden Sie heute Integration gestalten?

Hahn: Das Wichtigste ist derzeit, noch intensiver die urdeutsche Bevölkerung mitzunehmen. Integration hat ja immer zwei Seiten – die Seite, die integriert werden möchte, und die, die integrieren soll.

Sie waren auch Justizminister. Mitunter gibt es heute noch Kritik an den Sparmaßnahmen, die Sie getroffen haben ...

Hahn: Die Leute, die Kritik üben, tun das aus parteipolitischen Gründen. Ich war kürzlich wieder in Nidda, wo wir seinerzeit das Amtsgericht geschlossen haben. Da kommen heute noch Menschen auf mich zu und sagen, dass das vollkommen richtig gewesen sei. Ein Gericht mit zwei, drei Richtern, von denen einer krank und eine schwanger ist, ist nicht arbeitsfähig. Wir haben natürlich mit der Schließung von Gerichten Kosten gespart, aber wir haben nicht eine einzige Personalstelle eingespart. Da werden heute falsche Dinge behauptet.

Wie betrachten Sie Ihre Arbeit als Minister heute rückblickend?

Hahn: Auch Jörg-Uwe Hahn ist ein Mensch und macht nicht alles perfekt. Aber wir haben in der Zeit begonnen, die Justiz intensiv auf IT umzustellen. Die heute vieldiskutierte E-Akte war bei uns bereits in Planung, wurde dann aber leider von meiner Nachfolgerin schleifen gelassen. Mit Bayern waren wir das erste Bundesland, das die elektronische Fußfessel eingesetzt hat. Wir waren da sehr weit vorne. Vielleicht war die ein oder andere Personalauswahl nicht gut, aber es muss viele kluge Entscheidungen gegeben haben: All diejenigen, die zu meiner Zeit Abteilungsleiter im Justizministerium waren, sind heute Minister, Gerichtspräsident oder Generalstaatsanwalt.

Sie waren Minister, und Sie waren sowohl Partei- als auch Fraktionsvorsitzender der hessischen FDP. In welcher Rolle konnten Sie am meisten gestalten?

Hahn: Ganz klar als Fraktionsvorsitzender. Sowohl in der Regierung als auch in der Opposition. Da hatte ich viel mehr Beinfreiheit.

Haben Sie Beispiele dafür, in welchen Bereichen Sie stark gestalten konnten?

Hahn: Mich haben schon immer die Innenpolitik und der Zustand der Polizei interessiert, und gerade in der Zeit als Fraktionsvorsitzender konnte ich da viel gestalten. Volker Bouffier als Ministerpräsident und ich als Frak-

Standhafter Liberaler mit starkem politischem Gespür

René Rock, Fraktionsvorsitzender der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, würdigt seinen langjährigen Abgeordnetenkollegen Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn, der am Ende der laufenden Wahlperiode aus dem Landtag ausscheidet: „Jörg-Uwe Hahn ist ein Landespolitiker mit riesiger Erfahrung: Er war Justiz-, erster Integrations- sowie Europaminister, Partei- und Fraktionschef. Er hat die hessische FDP drei Mal in den Landtagswahlkampf geführt, unter anderem 2009, als sie mit 16,2 Prozent ein Rekordergebnis erzielte und 20 Sitze holte. Kurzum: In den Reihen der hessischen FDP gibt es derzeit niemanden, der so große Verdienste hat wie Jörg-Uwe Hahn. Von seinem übergroßen Engagement und seinem Erfahrungsschatz haben wir als Fraktion

viele Jahre profitieren dürfen: Jörg-Uwe Hahn ist nicht nur ein standhafter Liberaler, der seine Positionen überzeugend zu vertreten weiß, er hat auch ein starkes politisches Gespür sowie ein großes politisches Geschick. Sein Wort hat Gewicht über Partei- und Fraktionskreise hinaus. Jörg-Uwe Hahn war und ist ein Aktivposten und hat für die Freien Demokraten Enormes geleistet, sowohl in den Gremien als auch gegenüber Verbänden sowie den Bürgerinnen und Bürgern. Er ist derjenige, der stets daran erinnert, was Oma Lena als normale Bürgerin von der Politik erwartet. Wir sind Jörg-Uwe Hahn höchst dankbar für das, was er über Jahrzehnte für uns und damit für die Hessinnen und Hessen geleistet hat. Er hat Maßstäbe gesetzt!“



Vom Parlamentsneuling bis zum Landtagsvizepräsidenten: Jörg-Uwe Hahn war Jahrzehnte in der Landespolitik aktiv.

tionsvorsitzender und innenpolitischer Sprecher haben die Polizei umstrukturiert und modernisiert.

Jetzt hat sich ein Kreis geschlossen, Sie sind wieder innenpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion und auch ein großer Fürsprecher der hessischen Polizei. Sehen Sie bei aller Unterstützung Verbesserungsbedarf bei der Polizei?

Hahn: Ja! Zum einen ist derzeit die Stimmung bei der hessischen Polizei mit Recht schlecht, weil sie derzeit nicht nach den Regeln der hessischen Verfassung besoldet wird. Ich kann mir als Rechtsstaatler nicht vorstellen, dass eine Landesregierung nicht bezahlt, was sie bezahlen muss. Das ist genau so, wie wenn der Polizeibeamte eine Straftat nicht weiterverfolgt, weil er keine Lust hat. Dieses Gerechtigkeitsgefühl ist bei der Polizei noch viel ausgeprägter als bei anderen Beamten, die ebenfalls nicht verfassungsgemäß bezahlt werden. Zum anderen habe ich das Gefühl, dass in der Führung der hessischen Polizei eine Mentalität Einzug gehalten hat, die nach oben sehr sympathisch ist und nach unten die Mitarbeiter im Regen stehen lässt. Das schlimmste Beispiel ist, wie nach den schrecklichen Attentaten von Hanau mit der Polizei umgegangen wurde. Da hätten der Minister und der Polizeipräsident am nächsten Tag hingehen müssen und sagen: „Danke, habt Ihr gut gemacht, und die drei Punkte, die schlecht gelaufen sind, verbessern wir künftig.“

Wie sehen Sie die Skandale bei der Polizei, zum Beispiel die rechtsradikalen Chats?

Hahn: Das darf natürlich nicht sein. Das ein oder andere Mal war der Korpsgeist größer als die Verpflichtung, dem entgegenzutreten. Jetzt hat man kapiert, dass das nicht geht.

Sie vertreten auch immer sehr klare Positionen bei Themen wie Vorratsdatenspeicherung und Videoüberwachung. Sind das für Sie klassische liberale Brot- und-Butter-Themen?

Hahn: Ja. Wir machen als hessische FDP seit Beginn des Datenschutzgesetzes, das in einer SPD/FDP-Koalition beschlossen wurde, Datenschutz. Ich sage aber auch sehr dezidiert: Datenschutz ist nicht alles, muss aber abgewogen werden. Videoüberwachung ist sinnvoll im Frankfurter Bahnhofsviertel, aber nicht an einer Packstation.

Worauf sind Sie besonders stolz?

Hahn: Zwei Mal haben wir Liberale es geschafft, Landesbürgschaften zu verhindern. Einmal kurz bei Holzmann und das zweite Mal bei Opel. Ich bin mir sicher, wir haben dem Steuerzahler bestimmt hunderte von Millionen Euro erspart.

Was macht für Sie eine gute liberale Politik aus?

Hahn: Dass sie jedem einzelnen Menschen so weit wie möglich seine Freiheit zubilligt und dass es trotzdem einen gesellschaftlichen Konsens gibt. Dafür ist die Bildung das Wichtigste. Ich kann nur frei entscheiden, wenn ich etwas beurteilen kann. Wir brauchen eine ganz starke Bildung, damit die Einzelnen – dazu gehören außer Ihnen und mir zum Beispiel auch Unternehmen – frei entscheiden können.

Wie werden Sie künftig von außen auf die Landespolitik schauen?

Hahn: Das weiß ich noch nicht. Ich habe auch noch kein Gefühl dafür, wie intensiv ich mich künftig damit beschäftigen werde. Ich bewundere Freunde, die vollkommen den Stecker gezogen haben und ganz raus sind aus der Landespolitik.

Haben Sie schon eine Ahnung, wie Ihr neuer Alltag nach dem 18. Januar aussieht?

Hahn: Ich werde meine kommunalpolitischen Aufgaben fortführen und bin in einigen Aufsichtsräten sowie im Hochschulrat der EBS. Es gibt noch genug zu tun, aber bitte nicht mehr in dieser hohen Taktzahl. Ich habe dann also weniger Termine, möchte aber viel mehr Sport treiben: Der Bauch muss irgendwie weg.



Landtagswahl in Hessen

Rückblick auf den Wahlkampf der FDP Hessen

Bei der Landtagswahl am 8. Oktober 2023 haben die Bürgerinnen und Bürger über die künftige Richtung unseres Bundeslandes entschieden. Die Notwendigkeit, Hessen aus der Politik des Mittelmaßes herauszuführen, war und ist für die Freien Demokraten klar wie nie zuvor. Unter der Führung des Spitzenkandidaten Dr. Stefan Naas sind sie angetreten, um unser Land zurück auf den Pfad des Erfolgs, der Innovation und des Fortschritts zu führen.

Die Freien Demokraten haben entschlossen für eine starke Wirtschaft, eine verbesserte Infrastruktur und beste Bildung für alle gekämpft. Ihre Botschaft war deutlich: Es ist Zeit, die bürokratischen Fesseln zu lösen und den hessischen Gründergeist neu zu entfachen. Sie haben sich entschieden für den Ausbau von Straßen,

Schienen und Fahrradwegen eingesetzt und die Wichtigkeit individueller Mobilität als Ausdruck gelebter Freiheit betont. Die Stagnation in der Infrastrukturpolitik war ein Symbol für die festgefahrene Politik der letzten zehn Jahre. Die Lösung war klar: ein Investitionspaket von 200 Millionen Euro für den Straßenbau, beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren und ein digitalisiertes Baustellenmanagement, um den Verkehrsfluss zu verbessern und Hessen wieder in Bewegung zu bringen.

Die Wirtschaftsagenda der Freien Demokraten zielte darauf ab, Hessen wieder zu einer Wachstumsregion zu machen. Mit weniger, aber effizienteren Regularien wollten sie den Finanzplatz Frankfurt am Main stärken und optimale Bedingungen für Mittelstand, Handwerk, Indus-



Alle Fotos: © FDP-Landesverband Hessen

trie und Start-ups schaffen. Dabei lag ihr Fokus nicht nur auf den Ballungszentren, sondern auf dem gesamten Land, um überall Wachstum und Innovation zu fördern. Ein zentrales Anliegen war die Verbesserung des Bildungssystems. Durch die Nutzung digitaler Technologien zur individuellen Förderung und die Ausbildung von 1.500 neuen Erziehern wollten die Freien Demokraten die Grundlage für mehr Qualität und Chancengleichheit im Bildungsbereich legen.

Auch die Generationengerechtigkeit war ein besonderes Anliegen. Durch die Einhaltung der Schuldenbremse wollten sie sicherstellen, dass die Handlungsfähigkeit des Staates auch in Zukunft gewahrt bleibt und das Land nicht in Schuldenbergen versinkt.

Aus Berlin gab es zum Wahltag hin keinen Rückenwind. Die CDU und ihr Spitzenkandidat Boris Rhein übten sich im „Schattenboxen“ gegen Berlin, wie auch die F.A.Z. urteilte. Obwohl sie seit zehn Jahren mit den Grünen regiert und die hessischen Freidemokraten mit den Themen Wirtschaft, Bildung und Freiheit auf die inhaltlich richtigen Themen gesetzt und einen engagierten Wahlkampf geführt haben, gerieten landespolitische Inhalte in diesem Wahlkampf zur Nebensache.

Der Wahlabend selbst war ein langer und spannender Abend, dessen Ergebnis erst spät in der Nacht feststand. Mit 5,0 Prozent gelang schließlich denkbar knapp der Wiedereinzug in den Landtag. Am Ende waren nur 1.000 Stimmen hierfür ausschlaggebend. Ein Ergebnis, das nicht zufriedenstellen kann, aber es den Freien Demokraten ermöglicht, mit nun acht Abgeordneten weiterhin die Stimme für Freiheit, Fortschritt und Vernunft im Hessischen Landtag zu sein. Mit Dankbarkeit, Demut und Entschlossenheit nehmen sie diese Aufgabe an. Das Ziel bleibt unverändert: Hessen zurück an die Spitze zu bringen, durch weltbeste Bildung, eine starke Wirtschaft und eine gute Infrastruktur.

Der Wahlkampf war nur der Anfang. Jetzt geht die Arbeit weiter, und die hessischen Freidemokraten sind mehr denn je motiviert, für die Zukunft Hessens zu kämpfen. Mit einem klaren Fokus auf Fortschritt und Innovation wollen sie die Rahmenbedingungen schaffen, damit jeder Einzelne in Hessen seine Träume verwirklichen kann.



Hessen – Herz Europas

Landesparteitag und Landesvertreterversammlung

Anfang Dezember fanden in Wetzlar der Landesparteitag und die Landesvertreterversammlung der hessischen Freidemokraten statt. Im Mittelpunkt stand die Nominierung der Spitzenkandidatur für die Europawahl. Isabel Schnitzler, die 33-jährige Europabeauftragte des Landesverbandes, erhielt mit einer klaren Mehrheit von 92,8 Prozent die Unterstützung der Delegierten. Gemeinsam mit den anderen Bewerberin-

nen und Bewerbern wird sie im Januar in Berlin um einen Platz auf der Bundesliste der Freien Demokraten zur Europawahl kämpfen.

In ihrer Vorstellungsrede betonte Schnitzler ihre Leidenschaft für eine vernunftbasierte Wirtschafts- und Migrationspolitik. Sie wies darauf hin, dass extremistische Kräfte in vielen Teilen Europas an Einfluss gewinnen und es an der Zeit sei, das Vertrauen der EU-Bürger in das



Fotos: © FDP-Landesverband Hessen

Versprechen von Frieden, Freiheit und Wohlstand wiederherzustellen. Schnitzler betonte besonders die Notwendigkeit, die Europäische Union dort zu stärken, wo gemeinsames Handeln sinnvoll und geboten ist, den Mitgliedstaaten aber gleichzeitig mehr Entscheidungsfreiheit in subsidiären Fragen zuzugestehen. Mit großer Mehrheit nahm der Landesparteitag den Leitantrag an, mit dem die hessischen Freidemokraten Freiheit, Frieden und Fortschritt in der Union stärken und die zentrale Aufgabe der EU in den Fokus rücken wollen.

Neben europäischen Themen stand die Auseinandersetzung mit Antisemitismus und dem Schutz jüdischen Lebens im Mittelpunkt der Veranstaltung. Anna Staroselski, Sprecherin der Wertelinitiative jüdisch-deutsche Positionen e.V. und Vizepräsidentin der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, berichtete über die Gräueltaten der Hamas sowie die Bedrohung jüdischer Menschen in Deutschland. Sie richtete den eindringlichen Appell an

die Delegierten, konsequent gegen Antisemitismus vorzugehen, und unterstrich die Bedeutung des Existenzrechts Israels für deutsche Staatsbürger und für jene, die es werden möchten.

In Reaktion auf ihre bewegenden Worte bekräftigten die hessischen Freidemokraten ihre uneingeschränkte Solidarität mit Israel und ihre klare Ablehnung gegen jegliche Form von Antisemitismus. Die Landesvorsitzende Bettina Stark-Watzinger erklärte: „Wir stehen fest an der Seite Israels und zu unserer Verantwortung, den Antisemitismus zu bekämpfen – egal, woher er kommt. Wer gegen jüdisches Leben hetzt, verachtet unser Grundgesetz und unsere Demokratie. Das hat nichts mit Meinungsfreiheit zu tun.“ Mit zwei einstimmigen Beschlüssen setzen die Delegierten des Landesparteitages ein deutliches Zeichen ihrer Solidarität mit Jüdinnen und Juden, ihrer Unterstützung für Israel sowie ihrer Verurteilung des terroristischen Angriffs der Hamas.

Für mehr Chancengleichheit und Inklusion

diversity@fdphessen

Im Zeichen von Vielfalt und Chancengleichheit stand die jüngste diversity@fdphessen-Veranstaltung in Idstein.

Am 11. November 2023 kamen Mitglieder aus ganz Hessen zusammen, um zu diskutieren, wie man die Beteiligungschancen für alle Menschen bei den Freien Demokraten verbessern kann.

Die Landesvorsitzende Bettina Stark-Watzinger eröffnete die Veranstaltung mit einer herzlichen Begrüßung und führte in das Thema ein. Es folgte ein Impulsvortrag von Fardad Hooghoughi, dem Bundesvorsitzenden der Liberalen Vielfalt. Dabei beleuchtete er die wichtige Rolle einwanderungsgeprägter Communities für die Politik und teilte inspirierende Beispiele aus seiner politischen Arbeit.

In einer lebhaften „Fishbowl“-Diskussionsrunde zum Thema „Politische Partizipation – Gemeinsamkeiten und Hindernisse“ tauschten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter der Moderation der stellvertretenden Landesvorsitzenden Wiebke Knell aus. Isabel Schnitzler,



Yanki Pürsün, Fardad Hooghoughi und Michael Rubin bereicherten die Debatte mit vielfältigen Einsichten und erörterten Herausforderungen und Lösungsansätze zur Förderung von politischer Teilhabe. Generalsekretär Moritz Promny rundete die Veranstaltung ab, indem er die Bedeutung der Diskussionen für die Zukunft der hessischen Freidemokraten hervorhob. Das anschließende Get-together bot eine ideale Gelegenheit für weiteren Austausch.

Jedes Mal aufs Neue verdeutlicht die Veranstaltungsreihe diversity@fdphessen die Relevanz von Vielfalt und Inklusion für die Politik. Die hessischen Freidemokraten sind fest entschlossen, diese Themen weiter voranzutreiben, zu gestalten und sie in ihrer Arbeit zu verankern.

Fotos: © FDP-Landesverband Hessen

Mit neuer Führungsspitze in die 21. Wahlperiode

Freie Demokraten setzen auf ein starkes Team



Wiebke Knell



Dr. Stefan Naas

Nach der Wahl ist vor der Konstituierung des neuen Landtags – es gilt für die Fraktionen, sich für die kommende Wahlperiode neu aufzustellen: Die Freien Demokraten, die im 21. Hessischen Landtag acht Sitze haben werden, haben sich schon bald nach der Landtagswahl zusammengesetzt und die Verantwortlichkeiten ihres Teams festgelegt, wobei der Teamgedanke eine große Rolle spielt.

Dabei hat die Fraktion eine Entscheidung getroffen, die für die Liberalen neu ist: Erstmals wird es in Person von Wiebke Knell und des Spitzenkandidaten der Landtagswahl

Dr. Stefan Naas in der kommenden Wahlperiode eine Doppelspitze geben. Die beiden sind in der zu Ende gehenden Wahlperiode bereits stellvertretende Fraktionsvorsitzende. „Als neue Doppelspitze stehen wir für verschiedene Perspektiven und vertreten das gesamte Bundesland – von Nord bis Süd, von West bis Ost, vom ländlichen Raum bis zum Ballungsraum, von der Landwirtschafts- bis zur Industriepolitik“, sagen Knell und Naas. Wiebke Knell stammt aus dem Schwalm-Eder-Kreis, Stefan Naas aus dem Hochtaunus. Beide sind in ihren Kreisen auch kommunalpolitisch aktiv. „Wir verstehen uns als thematisch breit aufgestelltes



Oliver Stirböck



Moritz Promny



Yanki Pürsün



René Rock

Führungs-Duo und wollen der Vielfalt des Bundeslandes und der Hessinnen und Hessen gerecht werden“, kündigen die beiden neuen Fraktionschefs an.

Der bisherige Fraktionsvorsitzende René Rock aus dem Landkreis Offenbach wurde von der Fraktion einstimmig als Kandidat für einen Posten als Vizepräsident des Hessischen Landtags nominiert. „Ich freue mich sehr über diese Nominierung – und darauf, eine neue herausgehobene Position im Hessischen Landtag zu übernehmen“, erklärt Rock, der die Fraktion seit 2017 geführt hatte und diese mit der Etablierung der Fraktion 4.0 zur digitalsten Fraktion Deutschlands gemacht hatte.

Darüber hinaus haben die Abgeordneten weitere wichtige Personalentscheidungen getroffen: Als Parlamentarischer Geschäftsführer kümmert sich Oliver Stirböck (Offenbach) um die Organisation des parlamentarischen Betriebs und trägt die Verantwortung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zu neuen stellvertretenden Vorsitzenden wurden Moritz Promny aus dem Odenwaldkreis und der Frankfurter Yanki Pürsün gewählt. Als Schatzmeister der Fraktion gehört auch Dr. Matthias Büger (Lahn-Dill-Kreis) dem Fraktionsvorstand an.

Die neue Fraktion versteht sich also als Mannschaft: „Dass wir als kleinste Fraktion im künftigen Landtag als starkes Team auftreten, ist besonders wichtig“, betonen Naas und Knell. Schließlich seien die Probleme in Hessen in den vergangenen Jahren nicht kleiner geworden, so dass große Aufgaben auf die FDP als Oppositionsfraktion der Mitte warten. „Da sind zum einen der Wohnungsmangel und der Mangel an Lehrkräften, aber auch in den Bereichen Digitalisierung und Stärkung des ländlichen Raums muss Hessen endlich aus dem Tiefschlaf erwachen. Mit konstruktiver Oppositionsarbeit werden wir den Finger in die Wunde legen und die Landesregierung antreiben. Durch unsere verschiedenen Blickwinkel können wir gute Antworten auf die drängenden Fragen des Landes finden. Und obwohl wir aus verschiedenen Regionen kommen und unterschiedliche Kompetenzen mitbringen, eint uns sehr vieles. Gemeinsam wollen wir Hessen endlich aus dem Mittelfeld herausholen und wieder stark machen. Den großen Herausforderungen werden wir uns zusammen stellen und als Team tatkräftig an der Zukunft des Landes Hessen mitarbeiten.“



Dr. Matthias Büger



Marion Schardt-Sauer



© Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Oppositionsarbeit inmitten von Krisenzeiten

Nach einer erfolgreichen Landtagswahl begann für die elf Abgeordneten der Fraktion der Freien Demokraten eine neue Wahlperiode voller Neuerungen, Herausforderungen und unerwarteter Geschehnisse. Insbesondere in den vielen Krisen der letzten Jahre waren die Liberalen gefragt. Aber auch als die Regierung und die Regierungsfractionen mangelhafte und verfassungswidrige Gesetze vorlegten, wurde die FDP-Fraktion ihrer Oppositionsrolle gerecht.

Seit der 20. Wahlperiode sitzt die Fraktion der Freien Demokraten nicht mehr in den Räumlichkeiten des Landtags, sondern in der Marktstraße 10. Fraktionsvorsitzender René Rock sah eine Chance darin, dass nach der Landtagswahl 2018 nicht mehr genügend Platz für alle Fraktionen war. Die neuen und modernen Räume, in denen die elf Abgeordneten sowie die Mitarbeiter der Fraktion seitdem arbeiten und Ideen für die Zukunft des Landes Hessen entwickeln, nennt er „Außenstelle Zukunft“. Rock erklärt: „Wir haben die Art zu arbeiten grundlegend hinterfragt. Die Digitalisierung ist ein Kernthema der FDP. Wir wollen mit unserem Konzept ‚Fraktion 4.0‘ vorleben, was es heißt, das digitale Zeitalter

für die Politik zu nutzen. Nun kann die Fraktion orts- und zeitunabhängig daran arbeiten, Hessen voranzubringen.“ Insbesondere während der Corona-Pandemie zahlte sich dieses Konzept aus.

Die Hessinnen und Hessen sowie der Hessische Landtag sahen sich in den letzten fünf Jahren mit vielen unerwarteten Situationen konfrontiert. Die 20. Wahlperiode in Hessen zeichnete sich vor allem durch zahlreiche Krisen und schwierige Herausforderungen aus. Unvorhersehbare Ereignisse wie die Corona-Pandemie hielten das Land in Atem. Eines dieser Ereignisse ereilte den Landtag gleich zu Beginn der Wahlperiode – Ministerpräsident Volker Bouffier erkrankte. Da die schwarz-grüne Regierungskoalition lediglich über eine Ein-Stimmen-Mehrheit verfügte, drohte der Vorsprung durch ein mögliches Fehlen des CDU-Politikers verloren zu gehen. Die Opposition hatte sich jedoch zu Fairness-Absprachen bereit erklärt, so sollte die Majorität für die Regierungskoalition weiterhin garantiert bleiben.

Die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke erschütterte im Juni 2019 ganz Hessen. Gemeinsam mit den Fraktionen der SPD und der Linken hat die Fraktion der Freien Demokraten einen Untersuchungsausschuss (UNA 20/1) beantragt, der das Vorgehen der hessischen Sicherheitsbehörden in der Zeit vor dem politischen Attentat untersuchen sollte. Zum Abschluss des Untersuchungsausschusses im Sommer 2023 erklärte Dr. Matthias Büger, Obmann der Freien Demokraten im Ausschuss: „Die Landesregierung muss Verantwortung übernehmen und Missstände abstellen. Der Ausschuss hat strukturelle Mängel und organisatorische Versäumnisse bei den hessischen Sicherheitsbehörden offengelegt.“ Im Februar 2020 wurde Hessen erneut von einem schwerwiegenden Ereignis erschüttert. Neun Menschen wurden bei einem rassistisch motivierten Anschlag in Hanau ermordet. Die parlamentarische Aufarbeitung wurde auch diesmal von den Oppositionsfraktionen der FDP, SPD und der Linken beantragt. Der Untersuchungsausschuss zum Anschlag von Hanau (UNA 20/2) sollte aufklären, ob es Versäumnisse seitens der Behörden gegeben habe, und Transparenz in Bezug auf die Tat schaffen. Nach Abschluss der Beweisaufnahme sagte Jörg-Uwe Hahn, Obmann der Freien Demokraten im UNA Hanau: „Der Untersuchungsausschuss hat bestätigt, dass die Polizei und die anderen Rettungskräfte trotz schwieriger Bedingungen erfolgreiche und umsichtige Arbeit geleistet haben. Daneben hat der Untersuchungsausschuss einige Fehler und Versäumnisse seitens der Landesregierung und der zuständigen Behörden offengelegt. Die zuständigen Akteure müssen hierfür Verantwortung übernehmen und Schwachstellen beseitigen, um solche Taten zukünftig bestmöglich zu vermeiden.“

Die Covid-19-Pandemie traf im Jahr 2020 die ganze Welt und verlangte auch den Hessinnen und Hessen viel ab. Die Landesregierung reagierte auf diese Krise mit erheblichen Einschränkungen. Durch diese einschneidenden Maßnahmen, die in die Grundrechte eingriffen, wurde das Leben der Hessinnen und Hessen massiv verändert. Während es in den anderen Landtagen im Laufe der Corona-Pandemie ein einvernehmliches Handeln von Regierungs- und Oppositionsfraktionen gab, sah es in Hessen ganz anders aus. Die hessische Regierung bezog das Parlament in wichtige Entscheidungen nicht ein und agierte eigenmächtig. Der Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten hielt es für wichtig, dass die Entscheidungen in dieser Krisenzeit für jeden nachvollziehbar seien. „Viele Menschen verstehen die Vorgaben der Landesregierung nicht mehr und dadurch schwindet die Akzeptanz. Für eine erfolgreiche Bekämpfung der Pandemie ist aber genau diese Akzeptanz wichtig, damit die Menschen die Vorgaben auch befolgen. Daher muss das Parlament

über die beste Lösung für diese große Herausforderung diskutieren“, sagte René Rock. Die Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag legte daher einen Gesetzentwurf zur Parlamentsbeteiligung zu Corona-Maßnahmen vor.

Dass ein Leben in Frieden und Freiheit auch in Europa keine Selbstverständlichkeit ist, hat der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine uns allen vergegenwärtigt. Der Krieg in der Ukraine hat auch Auswirkungen auf Deutschland und auf Hessen. Die Bürgerinnen und Bürger sehen sich mit massiven Preissteigerungen konfrontiert. Das betrifft insbesondere auch die Energiekosten. „Anstatt wie die Landesregierung Heimwerker-Tipps zum Energiesparen zu geben, haben wir uns



Der Fraktionsvorsitzende René Rock hat Andreas Kaprocki und Stepan Rudzynskyy vom Dachverband der ukrainischen Organisationen in Deutschland in der Fraktion begrüßt. Die Freien Demokraten sehen sich in der Verantwortung, Schutz und Unterstützung für die Ukrainerinnen und Ukrainer zu leisten.

lösungsorientiert mit dem Energieproblem auseinander-gesetzt“, erklärt Rock, der energiepolitischer Sprecher seiner Fraktion ist. „Wir Freie Demokraten haben uns schon in den Sommermonaten mit dem kommenden Winter befasst und waren die erste Fraktion, die auf die drohende Energiekrise aufgrund des Gasmangels aufmerksam gemacht hat.“ Die Liberalen wiesen nicht nur auf die Problemlage hin, sondern benannten auch sinnvolle Handlungsoptionen. Die Fraktion der Freien Demokraten sieht im Hinblick auf die Energiepolitik große Chancen bei innovativen Technologien und legte das Hessische Wasserstoff-Zukunftsgesetz vor. „Wasserstoff bietet die Möglichkeit einer sicheren, wirtschaftlichen, technologieoffenen und klimaneutralen Energieversorgung. Wir Freie Demokraten wollen, dass der Fortschritt durch Wasserstoff in Hessen endlich Fahrt aufnimmt. Insbesondere aufgrund der aktuellen energiepolitischen Situation ist das unerlässlich“, sagt Rock.



Durch das Konzept „Fraktion 4.0“ kann die Fraktion orts- und zeitunabhängig arbeiten.

Der Angriff der Hamas auf Israel im Oktober 2023 schockierte die ganze Welt. Neben Pro-Israel-Kundgebungen und Mahnwachen fanden in Deutschland auch Anti-Israel-Proteste statt. Diese verdeutlichten einmal mehr, dass Antisemitismus in Deutschland weiter ein großes Problem darstellt, welches bekämpft werden muss. Auch schon vor dem Angriff kam es immer wieder zu antisemitischen Vorfällen in Deutschland. „Es ist erschreckend, dass es in Deutschland und Hessen immer wieder zu antisemitischen Äußerungen und Ausschreitungen kommt. Als Freie Demokraten fühlen wir uns dem Kampf gegen den Antisemitismus verpflichtet“, betont Rock. Gemeinsam mit Daniel Neumann, Direktor des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden in Hessen, haben die

Liberalen ein Positionspapier gegen Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens erarbeitet und gemeinsam im Sommer 2023 vorgestellt.

Die 20. Wahlperiode des Hessischen Landtags war aber nicht nur von Krisen gekennzeichnet. Markant war auch die mangelnde Verfassungstreue der Landesregierung. Da diese sich mehrfach nicht an die Verfassung gehalten hat, war die Opposition in den letzten Jahren besonders gefragt. Vor allem ist hier das Corona-Sondervermögen zu nennen. Der hessische Finanzminister Michael Boddenberg wollte ein kreditfinanziertes Sondervermögen in Höhe von 12 Milliarden Euro auflegen, um die finanziellen Belastungen durch die Corona-Krise zu zahlen. „Es gab keinen Bedarf für den Schattenhaushalt von Schwarz-Grün. Unter dem Deckmantel der Krise wollte die Landesregierung auf Kosten nachfolgender Generationen grüne Prestigeprojekte finanzieren“, sagt Marion Schardt-Sauer, haushaltspolitische Sprecherin der Freien Demokraten im Hessischen Landtag. Gegen das Corona-Sondervermögen haben die Fraktionen von Freien Demokraten und SPD gemeinsam geklagt. Im Oktober 2021 urteilte der Hessische Staatsgerichtshof und gab den Klägern Recht – der Schattenhaushalt von Schwarz-Grün ist nicht vereinbar mit der Hessischen Verfassung.

Auch bei zwei weiteren Themen war die Opposition wieder gefordert. Gemeinsam mit der SPD-Fraktion brachte die Fraktion der Freien Demokraten einen Normenkontrollantrag beim Hessischen Staatsgerichtshof auf den Weg, der sich gegen die Rechtskonstruktion der Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit richtete. Außerdem klagte die FDP-Fraktion erfolgreich gegen die Hessische Jagdverordnung, da aus ihrer Sicht nicht nur gravierend in Eigentumsrechte eingegriffen wurde, sondern bei der Einsetzung der Verordnung auch das Parlament hätte beteiligt werden müssen.

Zum Ende der Wahlperiode resümiert der Fraktionsvorsitzende René Rock: „Wir haben es geschafft, in dieser Fraktion den Geist des Aufbruchs zu leben und das Projekt ‚Fraktion 4.0‘ umzusetzen. Außerdem bleibt für mich der faire und menschliche Umgang mit den anderen demokratischen Fraktionen in Erinnerung, insbesondere im Zuge der schweren Erkrankung des Ministerpräsidenten Volker Bouffier, des Mordes an Dr. Walter Lübcke und des Selbstmordes von Finanzminister Schäfer. Im Hinblick auf die 20. Wahlperiode sticht für mich zudem heraus, dass die Freien Demokraten im Hessischen Landtag viele inhaltliche Punkte setzen konnten, besonders das wichtige Urteil des Staatsgerichtshofs zur Sicherung der Schuldenbremse in Hessen. Auf all das kann diese Fraktion wirklich stolz sein.“

Europäische Depesche



Nicola Beer

Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments &
Delegationsleiterin der Freien Demokraten

Wettbewerbsfähigkeit: Europäischen Mittelstand stärken

Europa muss wieder Vorreiter bei Forschung, Technologie und Innovation werden. Nur so können wir sicherstellen, dass Europa international nicht den Anschluss verliert und wettbewerbsfähig bleibt. Mit Offenheit für neue Technologien wie Fusionsenergie, E-Fuels und Gentechnologie, einem attraktiven Investitionsumfeld und gezielter Innovationsförderung. Dafür entscheidend: unser Mittelstand. 99 Prozent der Unternehmen in Europa sind kleine und mittlere Unternehmen. Über 60 Prozent der Arbeitsplätze, über 80 Prozent der Ausbildungsplätze befinden sich in diesem Bereich. Der Mittelstand ist das Rückgrat der europäischen Wirtschaft und Motor für Wachstum und Wohlstand, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit sowie Beschäftigung und soziale Integration.

Deshalb setzen wir uns als Delegation der Freien Demokraten im Europäischen Parlament dafür ein, dass Europa „Mittelstand“ großschreibt: für einen über alle Ebenen durchdeklinierten Bürokratieabbau, Planungssicherheit für KMUs, die Förderung qualifizierter Einwanderung – mit dem Punktesystem des Europäischen Talentpools –, eine funktionierende Infrastruktur für Logistik, Energie und IT sowie einem Investitionsboost in Forschung und Entwicklung.

Durch einen Wettbewerbsfähigkeits-Check und einen KMU-TÜV auf EU-Ebene möchten wir die planwirtschaftliche Detailsteuerung unserer Wirtschaft verhindern und stattdessen den Mittelstand beflügeln. Denn Mittelstandspolitik ist Zukunftspolitik. Dafür unabdingbar: die Überarbeitung der europäischen KMU-Definition. 20 Jahre nach der letzten Fassung ist es Zeit für eine Definition, die durch Einbeziehung der „Mid Caps“ den Interessen und Bedürfnissen des deutschen Mittelstands Rechnung trägt.

Nicht nur nach innen, sondern auch mit Blick auf geopolitische stürmische Zeiten außerhalb der EU, steht die Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit im Fokus. Mit dem zurzeit von mir für das EP verhandelten Gesetz zu kritischen Rohstoffen gilt es, für die EU größere Unabhängigkeit bei strategischen Rohstoffen herzustellen. Mit einem Turbo für mehr strategische Partnerschaften, mehr eigene Produktion, mehr Recycling sowie mehr Forschung und Entwicklung von alternativen, innovativen Materialien und Produktionsmethoden - insbesondere durch KMUs.

So stellen wir die Weichen für ein handlungsfähiges, souveränes und wettbewerbsfähiges Europa mit einem starken und innovativen Mittelstand.

Solidarisch an der Seite Israels

Der 7. Oktober 2023 markiert eine Zäsur in Nahost – die Gräueltaten der Terrororganisation Hamas an Jüdinnen und Juden haben viele Menschen in Israel als „ihren 11. September“ empfunden: Es war ein Angriff, der Politik und Gesellschaft bis ins Mark getroffen hat. Wie der 11. September 2001 hat auch der 7. Oktober 2023 globale Auswirkungen. „Für uns war sofort klar: Wir müssen ein deutliches Signal setzen, und wir müssen auch in Hessen handeln, damit Jüdinnen und Juden bei uns im Land sicher leben können“, sagt René Rock, Fraktionsvorsitzender der Freien Demokraten im Hessischen Landtag. „Unsere Haltung ist unverrückbar – Existenzrecht und Sicherheit Israels sind deutsche Staatsräson. Das nimmt uns selbstverständlich auch in Hessen in die Pflicht“, betont Rock und erinnert daran, dass es sich die FDP-Landtagsfraktion zum Ziel gesetzt hat, ein Mal pro Legislaturperiode nach Israel zu reisen. Darüber hinaus ist der Kampf gegen Antisemitismus ein Kernanliegen der Fraktion, die erst im Sommer dazu ein Positionspapier vorgelegt hatte.

Dementsprechend haben die Freien Demokraten nun nach den schrecklichen Angriffen eine Sondersitzung des Hauptausschusses des Landtags beantragt und die Initiative zu einem gemeinsamen Antrag ergriffen, der schließlich mit CDU, Bündnis 90/Die Grünen und SPD auf den Weg gebracht und mit breiter Mehrheit beschlossen wurde. „Uns war wichtig, dass die demokratische Mitte ein gemeinsames, klares Zeichen setzt und sich solidarisch an die Seite Israels stellt – und darüber hinaus klar benennt, was konkret in Hessen getan werden muss. Solidaritätsbekundungen sind wichtig, aber sie reichen nicht aus“, erklärt Rock.

So wurde außer einem Zusammentreffen der Landesregierung mit dem Dialogforum Islam Hessen auch die For-

derung nach einem Gipfel mit allen muslimischen Institutionen, Verbänden und Vereinen sowie Vertreterinnen und Vertretern der Landtagsfraktionen festgehalten. Rock erläutert: „Es müssen sich alle dazu bekennen, dass sie das Existenzrecht Israels achten und die Terroraktionen der Hamas durch nichts zu rechtfertigen sind. Den Jüdinnen und Juden bei uns in Hessen sind wir schuldig, dass auch auf unseren Straßen der Terror keinesfalls verherrlicht werden darf. Wer Terror verteidigt, kann nicht Teil unserer demokratischen Gesellschaft sein!“

Deshalb, so hat es die FDP-Fraktion von Anfang an deutlich gemacht, müssten im Rahmen des Aufenthaltsrechts alle Möglichkeiten genutzt werden, um Straftäter zügig abzuschieben, die Terrororganisationen wie die Hamas unterstützen. Außerdem haben die Freien Demokraten zudem darauf gepocht, dass Demonstrationen verhindert werden müssen, wenn sie die öffentliche Sicherheit gefährden.

„Dass all das im Jahr 2023 in Deutschland überhaupt betont werden muss und sich Jüdinnen und Juden Sorgen um ihre Sicherheit machen müssen, sich zum Beispiel nicht trauen, ihre Kinder in eine jüdische Schule oder in eine jüdische Kindertagesstätte zu schicken, ist an sich schon eine Schande“, sagt Rock. „Bildung ist ein Schlüsselfaktor im Leben und wichtig für alle, unabhängig von ihrem Glauben. Deshalb kommt den Schulen eine besondere Rolle im Kampf gegen Antisemitismus zu. Meldestrukturen für antisemitische Vorfälle müssen verbessert und Fortbildungen für pädagogisches Personal vor allem mit Blick auf die Geschichte Israels und des Nahostkonflikts weiter verstärkt werden“, fordert Rock im Namen der Freien Demokraten. „Auch auf Schulhöfen und in Klassenzimmern muss eine Null-Toleranz-Strategie gelten!“

Persönliches



© Foto-Landgraf

Im Amt bestätigt

Mit einem starken Ergebnis von 87,9 Prozent ist **Leopold Bach** in seinem Amt als Bürgermeister der Gemeinde Feldatal im Vogelsbergkreis bestätigt worden. In seiner nächsten Amtszeit will sich der 35-jährige Diplom-Jurist weiterhin für den Ausbau einer starken digitalen Infrastruktur, einen generationsgerechten Haushalt und die Innenentwicklung einsetzen. Wir gratulieren ganz herzlich zur Wiederwahl und wünschen eine erfolgreiche Amtszeit!



© Elias Grundler

Neuer Vorsitzender der Jungen Liberalen Hessen

Tim Hordorff (30) ist zum neuen Landesvorsitzenden der Jungen Liberalen Hessen gewählt worden. Durch sein langjähriges Engagement bei den JuLis Hochtaunus und seine Rolle als Bezirksvorsitzender der JuLis Rhein-Main bringt er wertvolle Erfahrungen für seine neue Position mit. Hordorff folgt auf Jorias Bach, der nicht erneut als Landesvorsitzender der JuLis kandidierte. Gratulation zur Wahl. Bei der neuen Aufgabe wünschen wir eine glückliche Hand.



© Lyonel Stief

Bezirksvorsitzender

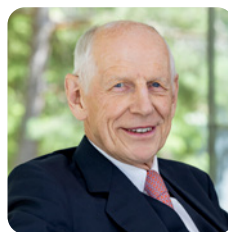
Christian Diers ist neuer Bezirksvorsitzender der Freien Demokraten in Westphalia-Nassau. Der Bezirksparteitag wählte den Kreisvorsitzenden aus Wiesbaden zum Nachfolger von Marion Schardt-Sauer aus Limburg-Weilburg. Herzlichen Glückwunsch zur Wahl und viel Erfolg!



© FDP-Landesverband Hessen

Runder Geburtstag

Am 23. November feierte **Dr. Stefan Naas** seinen 50. Geburtstag, zu dem wir ihm herzlich gratulieren. Naas blickt auf ein Jahr zurück, in dem er die Freien Demokraten als Spitzenkandidat mit Leidenschaft und vollem Einsatz durch den herausfordernden und wichtigen Landtagswahlkampf geführt hat. Auf unzähligen Veranstaltungen, organisiert durch viele engagierte ehrenamtliche Parteifreundinnen und Parteifreunde, setzte er sich dem Wahlkampfmotto entsprechend mit Feuer und Flamme für die liberalen Werte ein. Sein Fokus lag dabei auf einer starken Wirtschaftspolitik, erstklassiger Bildung und klassischen Freiheitsthemen. Im Januar übernimmt Stefan Naas eine neue, herausfordernde Aufgabe. Als Co-Vorsitzender der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag möchte er in der kommenden Legislaturperiode für liberale Ideen und Ziele kämpfen. Sein 50. Geburtstag steht daher auch sinnbildlich für den Abschluss eines intensiven Jahres und für eine personelle Neuaufstellung der FDP-Landtagsfraktion.



© Carolin Ludwig

80. Geburtstag

Ludwig Georg Braun beging am 21. September seinen 80. Geburtstag. Der Melsunger blickt auf ein ereignisreiches Leben in Politik und Wirtschaft zurück, mit dem er sich weit über die Grenzen seiner Heimatstadt hinaus einen Namen machte. Als Sohn eines Landtagsabgeordneten kam der Nordhesse bereits in jungen Jahren mit der politischen Arbeit in Kontakt. So wirkte er beispielsweise als Landesschatzmeister der Jungdemokraten und setzte sich früh für die europäische Einigung ein. In seiner Heimat leistet Braun als Stadtverordneter und Mitglied des Kreistags bis heute einen wertvollen Beitrag für das Gemeinwohl und erfährt dafür parteiübergreifend Anerkennung. Wir schätzen uns sehr glücklich, den Jubilar an unserer Seite zu wissen, und gratulieren ihm recht herzlich.

Besinnt Euch!*

* Die Diskussion über Glücksspielregulierung mutiert zunehmend zum Kulturkampf. Antiquierte ideologische Positionen negieren das menschliche Spielbedürfnis und problematisieren das Freizeitverhalten von Millionen Bürgerinnen und Bürgern. So werden die Ziele des Glücksspielstaatsvertrages – Kanalisierung des Spielbedürfnisses in legale Bahnen und Spielerschutz – nicht erreicht. Größter Profiteur derzeit: das illegale Angebot und die Organisierte Kriminalität. Staatlich konzessionierte Anbieter, deren Beschäftigte sowie Kundinnen und Kunden werden gegängelt und der Spielerschutz bleibt auf der Strecke.

www.admiral-games.de

Mit rund 480 Standorten gehört ADMIRAL zu den erfolgreichsten Spielhallenfiliälisten Deutschlands und steht für ein legales, staatlich konzessioniertes Glücksspielangebot auf höchstem Niveau.

ADMIRAL